



2020/23 Thema

<https://ads.jungle.world/artikel/2020/23/die-avantgarde-der-digitalen-kontrolle>

Während der Pandemie verstärken viele Unternehmen die Überwachung ihrer Angestellten

Die Avantgarde der digitalen Kontrolle

Von **Jörn Schulz**

Die Kritik an Überwachungsmaßnahmen konzentriert sich meist auf den Staat. Weiter fortgeschritten ist die digitale Kontrolle jedoch in vielen Unternehmen. Die Folgen der Pandemie fördern diesen »Stasi-Kapitalismus«.

Bei den Protesten gegen die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wurde vor allem die staatlich verfügte Einschränkung der Bewegungsfreiheit beklagt, insbesondere in den USA oft in Verbindung mit der Parole »Ich will arbeiten« – und nicht etwa »Ich muss arbeiten, weil sonst der Kühlschrank leer bleibt« oder »Ich brauche verdammt nochmal dringend Geld«. Das ist seltsam, denn am Fließband, im Büro oder in der Lagerhalle bestimmt der Vorgesetzte viel präziser als der Staat, wo man sich gerade aufzuhalten und was man dort zu tun hat, ohne dass eine Aufhebung dieser Vorgaben vor der Verrentung in Aussicht stünde. Auch der Meinungsfreiheit entsagt man mit dem Betreten des Firmengeländes. Man darf US-Präsident Donald Trump öffentlich einen unfähigen Mächtigerntyrannen nennen. Seinen Vorgesetzten so zu titulieren, ist hingegen, auch wenn das Urteil ebenso zutreffend sein mag, ein Entlassungsgrund.

Die Covid-19-Pandemie könnte als Vorwand dienen, um als nicht leistungsfähig eingestufte Beschäftigte mit Vorerkrankungen auszugrenzen und das Freizeitverhalten zu kontrollieren.

Gewiss, man wird dafür bezahlt, während der Arbeitszeit auf elementare Bürgerrechte zu verzichten. Die Möglichkeit, sich dem Lohnarbeitszwang zu entziehen, haben aber nur die Wenigsten. Dennoch gilt der Freiheitsentzug während der Lohnarbeitszeit als so selbstverständlich, dass er selten wahrgenommen wird. Geht es um Bürgerrechte, wird fast immer über staatliche Maßnahmen debattiert, etwa über den Datenschutz bei Tracing-Apps. Weit weniger Beachtung findet die digitale Kontrolle der Lohnabhängigen im Betrieb.

Die verwendeten Technologien sind nicht neu, werden aber ständig weiterentwickelt und finden während der Pandemie weitere Verbreitung. Dies begünstigt einen Trend, den der britische Journalist John Harris bereits 2016 als »Stasi-Kapitalismus« bezeichnete: eine Überwachung der Lohnabhängigen, die nicht allein der Kontrolle am Arbeitsplatz dient und den Leistungsdruck erhöht, sondern auch auf das Verhalten in der Freizeit Einfluss nimmt. Die scheinbare

Freiwilligkeit des Lohnarbeitsverhältnisses erleichtert die Einführung von Überwachungsmethoden, die wohl selbst die chinesische KP nicht ohne Weiteres durchsetzen könnte, die aber, einmal etabliert, zur gesellschaftlichen Normalität zu werden drohen. Die Unternehmer sind die Avantgarde des Überwachungsstaats.

So gibt es einen Unternehmer, der seinen Angestellten Mikrochips implantieren ließ. Er heißt aber nicht Bill Gates, sondern Todd Westby. Es war auch keineswegs Teil einer Verschwörung, sondern vielmehr ein PR-Stunt, dass sich 2017 etwa 50 »Freiwillige« der Firma Three Square Market Mikrochips in die linke Hand implantieren ließen – die kontroverse Debatte machte das Produkt weltweit und vor allem geschäftsweltweit bekannt. Mit dem Mikrochip können die Angestellten Türen zu öffnen, sich in Computer einloggen und Snacks kaufen.

Zum Firmenverbund Westbys gehören neben Three Square Market auch Turnkey Corrections, ein Unternehmen, das Software für Gefängnisse liefert, und die auf Tracking-Software spezialisierte Firma Three Square Chip, die unter anderem um Polizeibehörden als Kunden wirbt, aber gern auch kognitiv beeinträchtigte Pflegebedürftige mit einem Chip versehen möchte. Wer braucht schon Personal, wenn der entlohene Demenzpatient problemlos von der Polizei geortet und wieder eingesammelt werden kann? Besser als anhand von Westbys Firmenverbund lässt sich kaum verdeutlichen, wie staatliche und unternehmerische Überwachung ineinandergreifen und welche gesellschaftlichen Nebenwirkungen drohen.

Für die »Freiwilligen« der Firma Three Square Market dürfte die Teilnahme an Westbys Werbeveranstaltung keine allzu schlimmen Folgen haben. Die Firma kontrolliert offenbar nicht, ob sie sich in der Mittagspause gesund ernähren – möglich wäre es aber mit dieser Technologie. Der Mikrochip, betonte Westby, habe keine GPS-Verbindung und erlaube daher keine Ortung. Doch mit der Covid-19-Pandemie könnte nun auch Tracking-Software Einzug in die Unternehmen halten. Das Wirtschaftsprüfungsunternehmen Pricewaterhouse Coopers plant, eine App einzusetzen, mit der die Interaktion der Beschäftigten im Büro überwacht werden kann. Der Konzern Amazon, der 2018 ein Armband patentieren ließ, mit dem sich Beschäftigte exakt lokalisieren lassen, behilft sich derzeit noch mit konventionelle Überwachungskameras und zusätzlichen Wärmebildkameras. Die indische Firma Supervue AI bietet hingegen schon den »Touchless Attendance Tracker« sowie den »Social Distance Monitor« an, die Überwachungskameras und sogenannte künstliche Intelligenz nutzen, um Vorgesetzte über ungewöhnliche Gruppenbildungen zu informieren – ein System, das auch gut geeignet ist, um der Bildung eines Betriebsrats oder der Organisierung eines Arbeitskampfs vorzubeugen.

Andere Firmen wie das Werbeunternehmen Interpublic Group wollen ihre Beschäftigten nach dem Gesundheitszustand und Vorerkrankungen in Gruppen aufteilen, was eine freiwillige Preisgabe medizinischer Daten, möglicherweise auch von nahestehenden Personen, erfordert. Mit solchen Methoden wird die Verantwortung für den Gesundheitsschutz den einzelnen Beschäftigten zugeschoben. Bereits vor der Pandemie galt Krankheit immer mehr als Folge von Charakterschwäche – zu wenig Sport, zu viele Hamburger. Nun soll es als individuelles Versagen gelten, wenn Lohnabhängige einander bei der Arbeit zu nahe kommen. Der Chef hat es ja verboten – wer will da noch danach fragen, ob man unter dem extremen Zeitdruck in einer Amazon-Lagerhalle den vorgeschriebenen Abstand überhaupt einhalten kann? Die Covid-19-Pandemie könnte zudem als Vorwand dienen, um als nicht leistungsfähig eingestufte Beschäftigte mit Vorerkrankungen auszugrenzen und das Freizeitverhalten zu kontrollieren.

Die größte Sorge der Unternehmer ist derzeit aber, dass sich die Angestellten im Homeoffice dem Arbeitsdruck temporär entziehen könnten. Für die Leistungskontrolle gibt es ein ständig wachsendes Angebot an Überwachungssoftware für Bildschirmarbeit. Während der Pandemie sorgt die erheblich gestiegene Zahl der im Homeoffice Arbeitenden für zusätzliche Nachfrage. Belastbare Statistiken gibt es allerdings noch nicht. Die Methoden zur digitalen Überwachung sind vielfältig. Angestellte können verpflichtet werden, eine ständige Kameraüberwachung zu akzeptieren. Vorgesetzte können sich Screenshots vom Bildschirm ihrer Angestellten zukommen lassen, häufig werden alle Eingaben und abgerufenen Websites registriert. Die Software der Firma Hubstaff liefert zudem Daten über den Standort des Mitarbeiters, kann also etwa feststellen, ob er während der Arbeitszeit joggt, aber auch, ob er es überhaupt tut.

Immerhin scheint es noch Grenzen zu geben. Die wohl originellste Idee hatte das Unternehmen Zoom, das Software für Videokonferenzen anbietet. Das »attendee attention tracker feature« ermöglichte es, anhand der Augenbewegung festzustellen, ob man bei der Videokonferenz aufpasst. Es wurde Anfang April aus dem Programm genommen, zeigt aber, welche neuen Überwachungsmöglichkeiten es gibt. Mit Wärmebild, fortgeschrittener Gesichtserkennung und »künstlicher Intelligenz« wird es vermutlich schon bald möglich sein, Emotionen zu erkennen.

Von Facebook bis zum indischen IT-Konzern Tata Consultancy Services kündigen derzeit zahlreiche Unternehmen an, viele ihrer Angestellten auch nach dem Ende der Pandemie im Homeoffice arbeiten zu lassen. In welchem Ausmaß dies geschehen wird, ist noch unklar. Die Kostenersparnis durch Verzicht auf Büroraum ist erheblich, überdies erschweren Vereinzelung und Überwachung im Homeoffice die Solidarisierung der Beschäftigten – die allerdings auch im Büroleben meist keine große Herausforderung für die Unternehmer darstellt. Damit hängt ein Problem zusammen, das Manager und Wirtschaftsmedien ungern erwähnen: Man kann Kollegen auch online denunzieren, aber Schmeicheleien, Liebedienerei und ernstzunehmende Intrigen erfordern physische Präsenz, um die erwünschte Wirkung zu erzielen. Wie also kann in der Welt des Homeoffice der Konkurrenzkampf organisiert, wie der Vorrang des Patriarchats über die Leistung gewahrt, wie der Status der Manager für alle erkennbar erhalten werden? Dauerhaftes Homeoffice dürfte es wohl vor allem für jene geben, die wenig verdienen und ohnehin keine Aufstiegschancen haben, während die Mittelschicht ins Büro zurückkehren wird.

Für den Fortschritt des »Stasi-Kapitalismus« ist das allerdings zweitrangig. Ebenso wenig wie ein Innenminister wird sich ein Manager einmal gewonnene Überwachungsbefugnisse freiwillig wieder nehmen lassen. Für die Deinstallation der Überwachungssoftware müssten die Beschäftigten daher wohl hart kämpfen. Überdies betreffen die Überwachungsmaßnahmen keineswegs nur Büroangestellte, sondern bereits unter anderem Lager- und Lieferdienstleister sowie Einzelhandelsangestellte. Obwohl Datenschutzgesetze und gewerkschaftliche Gegenmacht, und sei es auf dem Niveau des DGB, in vielen Ländern derzeit noch einen gewissen Schutz bieten (**siehe Interview**), besteht daher wenig Hoffnung, dass der Rest der Lohnabhängigen verschont bleiben wird.